

Europa – Plan B!

Demokratische Souveränität statt „marktkonformer Demokratie“

– Ein Debattenbeitrag von Paul Steinhardt und Kris Kunst, 11. August 2015 –

1. Das Ende der Demokratie in Griechenland

„ThisIsACoup!“ (Das ist ein Putsch!) twitterten Millionen Demokraten noch in der Verhandlungsnacht, in der die Troika die griechische Regierung zur bedingungslosen Kapitulation zwang. Die griechische Regierung sah sich am 12. Juli 2015 gezwungen, ein „Abkommen“ mit Bedingungen zu unterzeichnen, die zu Recht mit dem Versailler Vertrag verglichen werden.

Ein „Putsch“ war es, weil mit Unterzeichnung dieses Abkommens faktisch die nationale Souveränität Griechenlands beendet wurde. Das war kein „Anschlag auf die Demokratie“ – es war ihre Beseitigung! Seitdem erleben wir nur noch ein trauriges Theater von Politik-Darstellern in Griechenland, die gerade noch vor parlamentarischen Fassaden nachspielen dürfen, was die Troika ihnen ins Drehbuch geschrieben hat.

2. Austeritätspolitik – ein Angriff auf das Gemeinwohl

Die von der Troika verordnete Austeritätspolitik ist wirtschaftspolitisch dann völlig irrational, wenn deren Ziel tatsächlich ist, eine Volkswirtschaft aus einer Rezession bzw. Depression herauszuführen. Dass diese Politik dennoch unverdrossen weiter verfolgt wird, lässt sich nur erklären, wenn man erkennt, dass die politisch-rechtliche Ausgestaltung des „Projekts Europa“ auf wirtschaftsliberalen Theorien beruht, deren Zweck es ist, die Interessen großer transnationaler Banken und Konzerne zu befördern und als dem Gemeinwohl dienend zu legitimieren. Es bleibt aber zu fragen, ob es im Allgemeininteresse liegt, dass Löhne, Arbeiternehmerrechte und der Sozialstaat geschleift werden, um ganz Europa nach dem Vorbild Deutschlands zum „Exportweltmeister“ zu machen.

Profiteure der Verwirklichung dieses neoliberalen Politikprogramms sind vordergründig mächtige Staaten innerhalb der EU wie insbesondere Deutschland. Sie erhalten durch die den „Programmländern“ aufgezwungene Kürzungs- und Privatisierungspolitik weitgehende Durchgriffsrechte auf deren Ressourcen (günstig übernommene Unternehmen und Ländereien, Zustrom billiger Facharbeiter usw.). Aber selbst die Bevölkerungen der vermeintlichen Siegerländer haben nichts davon: Auch sie sind schon lange einer mehr oder weniger rigiden Kürzungspolitik unterworfen. Beispiel Deutschland: Erst die Agenda 2010, unter deren Folgen viele Millionen Menschen in Deutschland leiden, hat die deutsche Wirtschaft mittels Lohndumpings gegenüber den anderen Euro-Staaten in die Position gebracht, grandiose Exportüberschüsse zu erzielen.

Die wirtschaftliche und soziale Krise Europas und die damit verbundene notwendige Erhöhung des Staatsschuldenstands werden dazu genutzt werden, die neoliberale Agenda in ganz Europa weiter voran zu treiben. Gewinner werden die transnationalen Konzerne, deren Führungspersonal und deren Eigner sein, und verlieren werden alle Menschen im Euroraum, die gezwungen sind, sich ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu verdienen.

3. Marktradikale Ideologie als Grundlage von EU und Euro

Die gegenwärtig betriebene Austeritätspolitik ist kein Notfallmanagement in einer Ausnahmesituation, sondern die konsequente Fortsetzung der EU-Normalität sowie ihre Radikalisierung. Die EU hat (samt ihrer Vorgänger EWG und EG) zu jedem Zeitpunkt ihrer Existenz vor allem dazu gedient, den großen Banken und Konzernen optimale Bedingungen zur Erzielung von Gewinnen zu verschaffen. Neoliberale Wirtschaftspolitik ist nicht nur eine von mehreren Optionen der EU, sondern sie ist mittels der EU-Verträge und ihrer Institutionen geradezu in ihre DNA eingeschrieben: Diese Verträge schaffen ökonomische Strukturen und Dynamiken, die zwangsläufig zu einer marktradikalen Wirtschaftspolitik führen müssen.

Die Freiheiten des Kapitalverkehrs, des Güterverkehrs und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte oder der Steuerwettbewerb dienen hauptsächlich den Gewinninteressen der großen Banken und Konzerne und gehen einher mit dem Abbau von Demokratie, Arbeitnehmerrechten und Sozialstaat. Das Versprechen, die europäische Integration solle im Sinne aller Europäer die Demokratie, den Sozialstaat und sinnvolle Dinge wie z.B. die Energiewende befördern, ist dagegen weitgehend nur wohlklingende Deklamation, die die Unterwerfung des sozialen Lebens unter die Herrschaft des Marktprinzips kaschiert: Vor allen Dingen hat sie die Funktion, den sozialen Widerstand, der gegen eine so offen neoliberale Politik zu erwarten wäre, mit dem hehren Europa-Pathos („EU als das große Friedensprojekt“) zu betäuben. Und der Erfolg gibt dieser politisch-ideologischen Strategie Recht: Denn wer aus dem nicht-rechtspopulistischen Spektrum wagt es denn heute, die EU in ihrem Kern in Frage zu stellen?

Der Etablierung der „Europäischen Währungsunion“ (EWU) kommt bei der Realisierung einer neoliberalen Gesellschaftsordnung eine Schlüsselrolle zu: Die beteiligten Länder können nun nicht mehr über „äußere Abwertung“ ihrer Währung ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und können auf Wirtschaftskrisen nicht mehr mit einer antizyklischen Fiskalpolitik reagieren. Sie können nur noch mit der „inneren Abwertung“ und der „Haushaltskonsolidierung“ wirtschaftspolitisch auf ökonomische Krisen reagieren. Löhne werden also gekürzt, der Sozialstaat weiter gestutzt und Staatseigentum verscherbelt. Ökonomische Krisen führen damit im Rahmen des neoliberalen Politikparadigmas zu staatlichen Reaktionen, die der weiteren Durchsetzung des „Marktprinzips“ Vorschub leisten.

Die Europäische Zentralbank (EZB) wurde als exterritoriale Zentralbank installiert, die sich jedem Zugriff der nationalen Parlamente und Haushalte entzieht. Damit sind die Länder ihrer

wichtigsten wirtschaftlichen „Machtmittels“ beraubt: Sich Geld für demokratisch legitimierte Zwecke mithilfe „ihrer“ Zentralbank zu beschaffen. In der Griechenland-Krise hat sich zudem gezeigt, dass die (vermeintlich unabhängige) EZB *das* zentrale Instrument demokratisch weder legitimer noch kontrollierter Kräfte, wie z.B. der informellen „Euro-Gruppe“, ist, um Regierungen, die einen nicht-neoliberalen wirtschaftspolitischen Kurs in ihren Ländern verfolgen wollen, auf Linie oder zu Fall zu bringen. Ziel ist, mit der Etablierung einer „EU-Wirtschaftsregierung“ - die selbstverständlich keiner demokratischen Kontrolle unterworfen werden soll - die ganze EU zu einem Troika-Regime auszubauen.

4. In Brüssel und Frankfurt stirbt die Demokratie

EU und Euro-Raum sind das Ergebnis der Übertragung souveräner Staatenrechte auf supranationale Organisationen. Während die europäischen Wähler nach wie vor nur ihre nationalen Parlamente wählen können, sind eben genau jene in diesem Prozess weitgehend entmachtet worden. In der europäischen Supra-Bürokratie jedoch, auf die diese Kompetenzen übertragen worden sind, haben überwiegend die Lobby-Vertreter von Banken und Konzernen das Sagen. Der demokratische Einfluss der Bürger Europas ist in diesem undurchsichtigen EU-Raumschiff nahe Null, woran auch das Feigenblatt „Europaparlament“ kaum etwas ändert.

Eine an den Interessen der Allgemeinheit orientierte und demokratisch legitimierte Politik erfordert eine Geldordnung, die es einer Zentralbank erlaubt, Geld zur Aktivierung von Wirtschaftsressourcen im Interesse der Allgemeinheit in Umlauf zu bringen. In dem die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) begründenden Vertrag von Maastricht (1992) aber haben alle beitretenden Länder die Möglichkeit dazu aufgegeben. Der Euro wurde institutionell so ausgestaltet, dass unter allen Umständen verhindert werden sollte, dass Staaten durch die „Notenpresse“ refinanziert werden. Stattdessen sollten die nationalen Regierungen sich lediglich über den „Markt“ refinanzieren dürfen – sich also von renditesuchenden Privaten abhängig machen.

Die Idee der Demokratie ist, durch demokratische Verfahren sicherzustellen, dass Macht im Sinne des Allgemeininteresses genutzt wird und „Machthaber“ effektiv kontrolliert werden. Die EZB als zentrale Machthaberin der „Geld-Gewalt“ ist dagegen so ausgestaltet, dass sie formal keiner Weisung und Kontrolle demokratisch legitimer Organisationen unterstellt ist. Sie ist in diesem Sinne „unabhängig“. Es gibt wohl keinen Staat der Welt, der von seiner Notenbank so abgeschnitten ist, wie die Staaten der Euro-Zone! Die Vorstellung, dass diese Unabhängigkeit wirtschaftspolitische Neutralität garantiert, wird gegenwärtig eindrucksvoll durch die Griechenlandpolitik der EZB widerlegt.

Die Demokratie wird durch die EU und den Euro ausgehöhlt – der Euroraum befindet sich schon lange im „postdemokratischen Zeitalter“ (Colin Crouch). Die übrig bleibende „marktkonforme Demokratie“ (Angela Merkel) bedeutet, dass Politiker nur noch im Rahmen dessen entscheiden dürfen, was die Finanzmärkte, Banken und Konzerne an

Spielraum noch zulassen. Und das ist angesichts eskalierender Finanz- und chronischer Konjunkturkrisen immer weniger.

5. EU nicht (im Sinne der Allgemeinheit) reformierbar

Möchte nun ein Euro-Land aus dem Euro austreten oder auch „nur“ eine Wirtschaftspolitik betreiben, die neoliberalen Prinzipien widerspricht, wird es unvermeidlich gegen EU-Verträge verstoßen. Bekommt man keine Sonderregelungen (was bei einem solchen Ansinnen politisch wahrscheinlich ist), wird dem Exit aus der Währungsunion schnell der Exit aus der EU folgen müssen.

Eine Reform des institutionellen Set-ups der EU und des Euros, die zu einer Abkehr von der neoliberalen Gesellschaftspolitik führen würde, ist zwar theoretisch denkbar, aber praktisch so gut wie ausgeschlossen. Hierfür müssten grundlegende Verträge in zentralen Punkten geändert werden, und das geht nur einstimmig im Europäischen Rat mit den Regierungschefs von 28 Ländern. Es kann daher als annähernd unmöglich erachtet werden, dass es *in ganz Europa auf einmal* zu einem „Linksruck“ kommt, der dann – zudem gegen die Widerstände von Massenmedien, Konzernen, Banken und marktradikal besetzten Gerichten – zu einem grundlegenden Umschreiben der EU-Verträge führt, das dem neoliberalen Politikprogramm abschwört und sich stattdessen an den immer wieder proklamierten „europäischen Idealen“ orientiert.

Unsere Schlussfolgerung: Eine jede fortschrittliche Regierung, die auch „nur“ keine neoliberale Wirtschaftspolitik mehr betreiben möchte oder gar eine Demokratisierung auch der Wirtschaftswelt anstrebt, hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das betreffende Land bereit ist, aus dem Euro sowie aus der EU auszutreten. Alles andere halten wir für eine Illusion: „Europa neu (be)gründen“ geht nur außerhalb der EU!

6. Mindestanforderungen an eine reformierte Wirtschaftsordnung

Ein Ausstieg aus dem Euro und der EU ist kein Selbstzweck und bei uns nicht wie von rechten EU-Gegnern von nationalistischen Ressentiments oder einer romantischen Sehnsucht nach „Heimat“ motiviert. Im Gegenteil: Wir wollen damit die strukturellen Hindernisse aus dem Weg räumen, die einer emanzipatorischen Politik in einem oder mehreren europäischen Ländern heute noch im Wege stehen. Grundbedingung für eine fortschrittliche Politik ist die politische und finanzielle Souveränität der Parlamente und Regierungen. Hierfür schlagen wir am Ende einige wesentliche Maßnahmen vor.

Eine Bewegung mit einem solchen politischen Anspruch braucht nach unserer Überzeugung

A. eine Zielvorstellung,

B. eine Idee für den Weg dorthin sowie

C. einen Katalog geld- und finanzpolitischer Mindestforderungen, hinter dem sie sich versammeln kann.

A. Zielvorstellung:

a) Demokratische Souveränität

Wir verzichten auf eine Zielvorstellung à la „Die Vereinigten Staaten von Europa“, denn kein Mensch kann sagen, wie weit die Völker Europas sich wirklich vereinigen können und wollen und welcher Integrationsgrad aufgrund jeweils gegebener wirtschaftlicher und sozialer Umstände auch sinnvoll wäre. Wir treten für ein friedliches, soziales, humanes, ökologisches und sicheres Europa ein. Sei es als Gemeinschaft weitgehend souveräner Staaten, als weitgehend integrierter Staatenbund oder gar als Bundesstaat, das ist sekundär. In einer zukünftigen „Europäischen Gemeinschaft“ sollten sich der Prozess und die Tiefe der Integration der Länder zentral daran festmachen, ob die betroffenen Völker in einer Volksabstimmung diese jeweils mit deutlicher Mehrheit billigen. Nur mithilfe eindeutiger Mehrheitsentscheidungen wird gewährleistet, dass diese neue EG im Interesse der Menschen ausgestaltet und ihre Organe als Vertreter ihrer Interessen akzeptiert werden. Keine Regierung, kein Parlament darf ihnen diese Entscheidung abnehmen! Insofern war bereits der Prozess der Herausbildung der EU demokratisch nie wirklich legitimiert worden.

b) Orientierung am Gemeinwohlinteresse

Die politische Integration der Länder Europas muss also primär den Interessen der Mehrheit der Bevölkerungen der betroffenen Länder dienen. Eine neue EG muss dazu auch wirtschaftlich „unterfüttert“ werden, sonst wird sie zur Farce. Zur „politischen Demokratie“ muss daher die „Wirtschaftsdemokratie“ kommen. Eine zukünftige Geld- und Wirtschaftsordnung sollte institutionell so ausgestaltet werden, dass sie die Verwirklichung der folgenden Ziele erlaubt:

- eine funktionierende makroökonomische Steuerung („Primat der demokratisch legitimierten Politik“) die es erlaubt, tiefgreifende Konjunktur- und erst recht Finanzkrisen zu vermeiden,
- ein leistungsfähiger öffentlicher Sektor,
- ein produktiver und mit dem Gemeinwohl kompatibler privater (Markt-) Sektor,
- Vollbeschäftigung und Einkommen, die gesellschaftlich akzeptierten Gerechtigkeitsnormen entsprechen,
- hohe einheitliche soziale und humane Standards,
- den Schutz dieser Standards durch eine entsprechende Ausgestaltung von Handelsabkommen mit anderen Ländern,
- die Bewerkstelligung einer weitgehenden ökologischen Wende – DIE Jahrhundert-Herausforderung!

Um diese wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen, bedarf es nicht ausschließlich, aber mindestens einer anderen Geld- und Finanzordnung, die wir unter C. skizzieren.

B. Der Weg dorthin:

Wir schlagen für ganz Europa die folgenden Maßnahmen vor:

a) die Europäische Währungsunion (also der „Euro“) wird aufgelöst. Es werden stattdessen (nationale oder länderübergreifende) Währungsräume mit Geld- und Finanzordnungen etabliert, die sicherstellen, dass die Geld- und Fiskalpolitik den Zielen des Volkssouveräns dienen und seiner Kontrolle unterworfen sind.

b) die EU wird entflochten und des-integriert: Die Grundverträge, die auf falschen Prinzipien beruhen, werden aufgelöst. Die EU hört als solche auf zu existieren und wird zunächst durch eine lockere „neue EG“ demokratisch souveräner Staaten ersetzt. Es werden hierbei alle Regelungen beibehalten, die wirklich einen historischen Fortschritt darstellen (z.B. Struktur-Ausgleich-Fonds, technische Standards, proklamierte humane Standards, gewisse Verbraucherrechte usw.). Die oben skizzierten neuen politischen Leitlinien werden in einem die neue EG konstituierenden Grundvertrag neu festgeschrieben.

Es gibt Volksabstimmungen in allen europäischen Ländern: Die Mitgliedschaft in dieser neuen EG muss von jedem Volk explizit und jeweils mit deutlicher Mehrheit beschlossen werden. Die Völker haben die Wahl, der neuen EG beizutreten, in der alten EU zu verbleiben oder aus beiden auszutreten.

c) Da es unrealistisch ist, die oben skizzierten fundamentalen Reformen EU-weit gleichzeitig umzusetzen, plädieren wir für den Austritt all jener Länder aus dem Euro und der EU, in denen die Mehrheit der Bevölkerung sich dafür auch entschieden hat. Im Idealfall schließen sich die ausgetretenen Länder sofort zur neuen EG zusammen. Es könnte zu einem Nebeneinander von Rest-EU, Neu-EG und unabhängigen Ländern kommen. Erst dieser *neue Pluralismus der Möglichkeiten in Europa* eröffnet Bewegungen, die sich für einen Ausbruch aus dem neoliberalen Wirtschaftsgefängnis einsetzen, überhaupt eine realistische Perspektive, ihren neuen Kurs in ihren Ländern auch durch- und umzusetzen!

C. Katalog geld- und finanzpolitischer Mindestforderungen:

Grundbedingung für eine fortschrittliche Politik ist die Herstellung der politischen sowie der finanziellen Souveränität der Parlamente und Regierungen. Die folgenden Umbaumaßnahmen würden für eine solche Souveränität die notwendigen (wenngleich noch nicht hinreichenden) Bedingungen schaffen. Weitere Umbauten (z.B. im Bereich der Steuern, bei Immobilieneigentum, der Unternehmensverfassung, des öffentlichen Sektors, usw.) würden von den jeweiligen nationalen Bewegungen bestimmt verschieden ausgestaltet werden und sollen deswegen an dieser Stelle noch nicht diskutiert werden.

Unsere Vorschläge für eine gemeinsame geld- und finanzpolitische politische Plattform:

1. Eine grundsätzliche Reform der Geldordnung, die insbesondere vorsieht, dass die demokratisch legitimierten und kontrollierten Ausgaben eines Staates insbesondere durch ihre Zentralbank finanziert werden.
2. Eine Zentralbank, die uneingeschränkt die wirtschaftspolitischen Ziele einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung unterstützt und, wie andere staatliche Organe auch, gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig ist.
3. Nur noch Zentralbankengeld wird vom Staat als gesetzliches Zahlungsmittel akzeptiert und mit einem Annahmewang belegt, Geschäftsbanken-Geld („Forderungen auf Zentralbankgeld“) hingegen genießt keinen staatlichen Schutz mehr. Heute geltende Ausnahmen davon (z.B. den Vorbehalt der Vertragsfreiheit) werden abgeschafft.
4. Eine staatliche Kreditsteuerung, die sicherstellt, dass Banken nur solche Darlehen an Unternehmen und Organisationen vergeben, die der Realisierung gesellschaftlich erwünschter Unternehmungen dienen, gesamtwirtschaftlich sinnvoll sind und soziale und ökologische Standards erfüllen.
5. Öffentliche Banken, die keiner Renditeorientierung unterliegen dürfen und große Strukturumbrüche in der Wirtschaft finanzieren sollen (z.B. eine umfassende Energiewende), sind um- und auszubauen.
6. Begrenzung der Finanzmärkte:
 - Wesentliche „Assets“ werden den Finanzmärkten entzogen: Devisen, Unternehmensanteile, Kredite, Immobilien, Rohstoffe und Nahrungsmittel sollen nur sehr eingeschränkt handelbar sein.
 - „Finanzprodukte“ müssen einen gesamtwirtschaftlichen Nutzen nachweisen und werden durch einen Finanz-TÜV zugelassen. Es gilt hier das Prinzip: „Alles, was nicht explizit zugelassen ist, ist verboten“.
 - Für Absicherungsgeschäfte und andere heutige Finanzprodukte, die der Realwirtschaft oder z.B. der Altersvorsorge dienen, werden Ersatzlösungen (z.B. Versicherungen, auch innerhalb der staatlichen Rentenversicherung) geschaffen.
 - Der Handel mit Finanzunternehmen und Banken, die in Ländern, die bestimmte Mindeststandards nicht einhalten (insb. Steueroasen), Geschäfte machen, wird verboten.

Epilog

Die Niederlage der Tsipras-Regierung und das Trauma von „ThisIsACoup!“ mahnen uns: Nie wieder darf eine Bewegung für ein anderes Europa und eine aus ihr hervorgegangene Regierung ohne ein eigenes Konzept für eine andere Geld- und Finanzordnung, eine eigene Exit-Option dastehen! Es hat sich gezeigt: Der Euro und die EU haben nur „TINA“ im Angebot. „Eine andere Welt ist möglich!“ Öffnen wir neue Denkräume, damit sich eine andere Politik in ersten europäischen Ländern eines Tages auch wirklich umsetzen lässt.

Rückmeldungen gerne an: **Paul Steinhardt** p.steinhardt@gmx.de und **Kris Kunst** kriskunst@gmail.com